

Potsdam, d. 21.06.2023

Top 7: **Gesetz zur Änderung lehrerbildungsrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 7/7064

Rede der Sprecherin für Bildungspolitik Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Dem akuten Mangel an grundständig ausgebildeten Lehrkräften, den wir jetzt und in den nächsten 10 Jahren weiterhin spüren werden, muss dringend mit konkreten Maßnahmen begegnet werden.

Bundesweit werden Lehrkräfte gesucht. Die Lücke ist groß, die Zahlen des Defizits werden unterschiedlich benannt. Das hat Gründe. Es gibt nämlich keine standardisierten Lehrkräfteprognosen der Länder, da erzählt jedes Land seine eigene Geschichte. Genauso verhält es sich mit der Ausbildung von Lehrkräften - kaum ein Bundesland bildet ausreichend und bedarfsgerecht aus, eine länderübergreifende Koordinierung fehlt. Jeder macht seins, wir wurschteln uns durch.

Unser Vorschlag: mit **Hilfe eines Staatsvertrages - endlich eine länderübergreifende verbindliche Kooperation in der Lehrkräfteausbildung** zu erreichen, ist alternativlos. Oder wir machen weiter wie bisher? Dann wird es bei dem Wettbewerb zwischen den Bundesländern um Lehrkräfte bleiben! Bis dahin, müssen wir in Brandenburg unseren Weg gehen.

Jedes Jahr brauchen wir in BB ca. 2000- 2200 Lehrkräfte an unseren Schulen. Die Bedarfe sind enorm, besonders an Grund-, Ober-, Förderschulen. Dem gegenüber stehen ca. 450 Absolvent*innen, die jedes Jahr die Uni Potsdam verlassen. Allen muss klar sein, das wird nicht reichen. Die Einrichtung des Grundschullehramtes an der BTU in SFB ist folgerichtig, wird uns aber kurzfristig nicht helfen. Auch der beschlossene Masterstudiengang für das Berufsschullehramt und der besondere Masterstudiengang für das Lehramt für fachfremde Bachelorstudierende an der Uni Potsdam lassen ewig auf sich warten. Die Debatte um die Qualität des Lehramtsstudiums, um eine praxisnähere Ausbildung, verbunden mit der Senkung der Abbruchquote im Studium, werden wir - auch auf unseren Antrag hin - im September führen. Das ist dringend notwendig. Die BTU scheint tatsächlich andere Wege gehen zu wollen. Das ist ein Lichtblick. Auch die Uni Potsdam muss das tun.

Fakt ist aber: Wir können auf Seiteneinsteiger*innen nicht verzichten.

6500 Kolleg*innen arbeiten schon als Seiteneinsteiger*innen an den Schulen. Tendenz logischerweise steigend, warum habe ich gerade deutlich gemacht.

Diese Menschen arbeiten an unseren Schulen, unterrichten, tragen dazu bei, dass wir den Unterricht überhaupt absichern können, tragen die gleiche Arbeit weg, wie ausgebildete Fachkräfte - mal besser, mal schlechter. Ihre Qualifizierung muss abgesichert werden. Eine Grundqualifizierung reicht nicht aus. Und eine Qualifizierung muss mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden sein, um Anreize zu schaffen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird Menschen, die einen Bachelorabschluss haben, ermöglicht, eine Lehrerqualifikation zu erwerben, die eine Übernahme in ein besonderes Beamtenverhältnis zulässt. In der Anhörung war man sich im Wesentlichen dazu einig.

Wer sich hier hinstellt und von einer Entwertung des Lehrerberufes redet, ignoriert die aktuelle Situation. Noch dazu ist es ein Schlag ins Gesicht derer, die bemüht sind mit ihrer Profession an der Schule als Lehrkraft tätig zu sein.

Nach wie vor haben grundständig ausgebildete Lehrkräfte Vorrang bei der Einstellung im Land Brandenburg. Wenn sie jedoch nicht verfügbar sind, was dann? Dazu habe ich von Kritiker*innen bisher nichts gehört.

Eines noch: Sie ignorieren hier alle nach wie vor, dass an unseren Schulen schon jetzt unbefristet 2200 Kolleg*innen als Lehrkräfte arbeiten, die keinen Hochschulabschluss besitzen. Auch für diese Gruppe liegen schon jetzt durch den WIB. e. V. Fortbildungsangebote vor. Wenn wir wollen, dass sich diese Lehrkräfte qualifizieren, braucht es auch hier eine Regelung für deren Aufstieg!

Der Beschlussempfehlung wird die Linksfraktion zustimmen.